

## Scaling-up down flow reactors. CPFD simulations and model validation.

*Die Studie von 2008 untersucht die Einstellung von betroffenen Studierenden in Deutschland zu der Entrichtung von Studienbeiträgen, indem Antworten auf fünf Fragenkomplexe erhoben werden: (1) Wie stehen die Studierenden generell zu der Entrichtung von Studienbeiträgen? (2) Wie beurteilen sie die bisherige Verwendung der Studienbeiträge? (3) Haben die Studierenden von der Verwendung der Studienbeiträge bereits profitiert bzw. erwarten sie dies künftig? (4) Was sollte aus Sicht der Studierenden an der Verwendung der Studienbeiträge zukünftig verbessert werden? (5) Wie könnte der Informationsfluss zwischen Universität und Studierenden und umgekehrt optimiert werden? Die Antworten, die eine umfangreiche Zufallsstichprobe von Studierenden ab dem 3. Hochschulse semester an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg auf diese Fragen gegeben haben, werden im Folgenden analysiert und dargestellt. Im Bericht wird zudem viel Platz darauf verwendet, die Antworten der Studierenden auf vier so genannte offene Fragen nach Fakultäten getrennt wörtlich zu dokumentieren, enthalten sie doch eine Vielzahl und Vielfalt an z.T. sehr detaillierten Informationen zu den fakultätsspezifischen Studienbedingungen, die durch eine zusammenfassende Kodierung völlig verschüttet worden wären. Ferner kommt der generellen Zufriedenheit der Studierenden mit ihrem Studium sowie der speziellen Zufriedenheit der Studierenden mit den Studienbeiträgen und deren Verwendung eine zentrale Bedeutung im Bündel universitärer Steuerungsinstrumente zu. Wenn auch den Studienbeiträgen gegenüber generell weitgehend kritisch eingestellt, unterstützen die Studierenden zum großen Teil die Maßnahmen, die mit den Studienbeiträgen finanziert werden. Auf breite Zustimmung unter den Studierenden stößt die Finanzierung bestimmter zentraler Angebote und Einrichtungen der Universität aus Studienbeiträgen. Zwei Drittel der Befragten zeigen sich 'zufrieden' bzw. 'völlig zufrieden' mit ihrem Studium an der Universität Erlangen-Nürnberg; und mehr als 70 Prozent sind 'sehr' oder 'ein bisschen stolz', hier zu studieren. (ICG2)*

### 1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird

schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass